



HESSISCHER LANDTAG

10. 09. 2024

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

„Klimaschutz“, SAF und Green Deal: Flughafen Frankfurt droht Funktion als europäisches Drehkreuz zu verlieren — warme Worte der Landesregierung nützen nichts

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass der Flughafen Frankfurt als europäisches Luftverkehrskreuz (Hub) im Vergleich zu konkurrierenden Hubs wie Istanbul und London an Attraktivität verliert und ab 2025, wenn die Beimischungen von Sustainable Aviation Fuel (SAF) zum Kerosin einsetzen, beschleunigt verlieren wird. Grund sind die damit verbundenen stark steigenden Kosten, nicht nur durch SAF, sondern insbesondere auch die erneute Erhöhung der Luftverkehrssteuer und die ohnehin viel zu hohen Flugsicherungskosten.
2. Der Landtag beklagt, dass EU-Fluggesellschaften wie beispielsweise Lufthansa und Condor ab nächstem Jahr durch die verpflichtende Nutzung von SAF erheblich benachteiligt werden. Während sie steigende SAF-Quoten erfüllen müssen, die bis 2030 auf 6 Prozent anwachsen sollen, sind Nicht-EU-Airlines außerhalb der EU an solche Vorgaben nicht gebunden. Diese Ungleichbehandlung führt zu erheblich höheren Betriebskosten für EU-Fluggesellschaften und verschafft internationalen Konkurrenten einen deutlichen Wettbewerbsvorteil. So kostet nach Aussage der Lufthansa ein Flug von Madrid nach Shanghai über Frankfurt aufgrund der SAF-Verpflichtungen zukünftig etwa 200 Euro mehr als über Drehkreuze wie Istanbul, Ankara oder Dubai.
3. Der Landtag stellt fest, dass SAF-Kraftstoffe nicht ausreichend verfügbar sind und sein werden. Nach wie vor ist ungeklärt, wie Fluggesellschaften wie Lufthansa oder Condor die steigenden SAF-Quoten in Zukunft erfüllen sollen. Nicht nur die Landespolitik bleibt bisher Antworten schuldig.
4. Der Landtag teilt das Unbehagen von Fraport, die jüngst unmissverständlich darauf hingewiesen hat, dass Investitionen in Infrastruktur bei gleichzeitig ausbleibendem Wachstum des Verkehrs am Standort zu einer Verteuerung der Standortkosten und damit zu einer sich verschlechternden Wettbewerbssituation führt.
5. Der Landtag stellt damit zusammenfassend fest, dass die nutzlosen und sinnfreien CO₂-Reduktionsmaßnahmen im Namen des sogenannten „Klimaschutzes“, die sich neben anderen Maßnahmen insbesondere ab nächstem Jahr in den verpflichtenden SAF-Beimischungsquoten niederschlagen, eine äußerst ernste Bedrohung für die Hub-Funktion des Frankfurter Flughafens, damit für den Flughafen und für die betroffenen europäischen Fluglinien insgesamt darstellen.
6. Der Landtag stellt fest, dass warme Worte der Landesregierung ohne eine klare Abkehr der Politik des Klimadiktats keine Trendumkehr bewirken können. Der Landtag nimmt sorgenvoll zur Kenntnis, dass die Condor die Lage bereits als „dramatisch“ einstuft.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Erhöhung der Luftverkehrssteuer zurückgenommen wird oder die Luftverkehrssteuer ganz abgeschafft wird.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass in einem ersten Schritt alle Klimaauflagen der EU so lange ausgesetzt werden, bis international ein gleiches Wettbewerbsniveau (Level Playing Field) erreicht ist. Dies soll verhindern, dass das Luftverkehrskreuz Frankfurt und alle anderen deutschen Flughäfen durch Wettbewerbsverzerrungen benachteiligt werden und wirtschaftliche Aktivität sowie der damit verbundene Wohlstand in Regionen außerhalb der EU abwandern.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass in einem zweiten Schritt ein Primat zukünftiger Landespolitik aufgestellt wird, dass sogenannte „Klimaschutzmaßnahmen“ und CO₂-Reduktionen vernachlässigbare Auswirkungen auf Wetter und Klima haben und somit als Politikziel aus allen landespolitischen Zielsetzungen und Gesetzgebungen gestrichen werden müssen.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in einem dritten Schritt dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene und insbesondere auf europäischer Ebene alle sogenannten „Klimaschutzmaßnahmen“ abgeschafft werden müssen, die sich beispielsweise hinter Worten wie dem
- „GreenDeal“,
 - „Fit for 55“,
 - „Energiewende“,
 - „Verkehrswende“, dem Ziel der sogenannten
 - „Klimaneutralität“ und der sogenannten
 - „Nachhaltigkeit“
- verstecken.

Begründung:

Das Drehkreuz Flughafen Frankfurt verliert gegenüber Konkurrenten wie Istanbul, London und Dubai deutlich an Attraktivität, da staatliche Vorschriften auf EU- und Bundesebene die Kosten für Tickets und Fracht erheblich in die Höhe treiben. Allein durch das EU-Programm „Fit for 55“ zur Reduktion von Treibhausgasen entstehen der Lufthansa bis 2035 zusätzliche Kosten von 15 bis 20 Milliarden Euro. Hinzu kommt, dass sich seit 2021 die Flugsicherungskosten am Flughafen Frankfurt verdoppelt haben. Hessen benötigt jedoch einen starken internationalen Flughafen und wettbewerbsfähige Fluggesellschaften, um die hessische Industrie, den Handel, Tourismus und die Logistik zu fördern und die mit der Luftfahrt verbundenen Arbeitsplätze zu sichern.

Der Irrweg des sogenannten „Klimaschutzes“ muss sofort beendet werden, bevor auch die Flugindustrie mit Flughäfen, Fluggesellschaften und Dienstleistern in den Abwärtssog der zerstörerischen öko-sozialistischen Klimaschutz-Planwirtschaft mitgerissen wird, die bereits die Autoindustrie, das verarbeitende Gewerbe und weitere Industriezweige Deutschlands erfasst hat.

Wiesbaden, 10. September 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe